Zwischen Wählerwillen und gewerkschaftlicher Verantwortung

Wie begegnet die DPolG einer möglichen AfD-Regierung?

Von Olaf Sendel, stellvertretender Bundesvorsitzender

Nach der Landtagswahl steht Sachsen-Anhalt vor einer politischen Neuordnung. Die AfD ist stärkste Kraft im Landtag. Die bisherigen Mehrheitsverhältnisse haben sich grundlegend verändert. Für die DPolG stellt sich damit die Frage, wie sie mit einer AfD-Landesregierung umgehen wird. Weitere Wahlen stehen in den Bundesländern an.


© Marco Urban

Eine Landtagswahl mit weitreichenden Folgen: Die Landtagswahl am 6. September 2026 hat die politische Landschaft in Sachsen-Anhalt deutlich verändert. Mit einer Wahlbeteiligung von 77,8 Prozent beteiligten sich mehr als drei Viertel der Wahlberechtigten an der Entscheidung über die Zusammensetzung des neuen Landtages. Die Alternative für Deutschland (AfD) wurde mit 43,8 Prozent der Zweitstimmen mit großem Abstand stärkste politische Kraft. Die CDU, die bei der Landtagswahl 2021 noch deutlich vorn gelegen hatte, musste erhebliche Verluste hinnehmen und kam auf 17,2 Prozent.

Das Ergebnis ist mehr als eine Verschiebung innerhalb des Parteienspektrums. Es verändert die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse und stellt die politischen Akteure vor die Aufgabe, eine tragfähige Regierung für Sachsen-Anhalt zu bilden.

Auch die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) wird sich mit dieser Situation auseinandersetzen. Als Interessenvertretung der Beschäftigten der Polizei und in ihrer Wächterfunktion in der Personalvertretung ist sie auf einen funktionierenden Dialog mit der Landesregierung, dem Innenministerium und dem Parlament angewiesen. Gerade bei Themen wie Personalstärke, Ausstattung, Arbeitsbedingungen, Besoldung, Versorgung, Sicherheit und der Resilienz der Polizeibeschäftigten ist es entscheidend, dass gewerkschaftliche Anliegen unabhängig von parteipolitischen Konstellationen Gehör finden.

Die zentrale Frage lautet daher nicht, ob wir als Gewerkschaft die politische Entwicklung gutheißen oder ablehnen. **Entscheidend ist, wie wir unseren Auftrag unter den neuen Rahmenbedingungen erfüllen.**

Die Frage ist nicht nur theoretischer Natur. Die Polizei ist eine tragende Säule des Rechtsstaates. Sie muss die Gesetze anwenden und durchsetzen. Ihre Beschäftigten stehen dabei im Spannungsfeld zwischen gesetzlichen Pflichten, politischen Entscheidungen und den Erwartungen der Bevölkerung.

Auch wir als Gewerkschaft müssen unsere Rolle definieren. Wir sind weder eine Regierungsorganisation noch eine parteipolitische Interessenvertretung. Unser Auftrag besteht darin, die beruflichen, sozialen und rechtlichen Interessen unserer Mitglieder zu vertreten und sich für gute Arbeitsbedingungen innerhalb der Polizei einzusetzen. Eine Gewerkschaft, die ihre Arbeit an der jeweiligen Regierungsfarbe ausrichtet, läuft Gefahr, ihre eigentliche Aufgabe aus den Augen zu verlieren. Umgekehrt darf politische Neutralität nicht mit Passivität verwechselt werden.

Wir als Gewerkschaft agieren politisch neutral. Wir sind nicht diejenigen, die den Wählerwillen und damit die Mehrheitsentscheidung im Landtag in irgendeiner Weise bewerten, befürworten oder kritisieren. Wir sind diejenigen, die die Probleme unserer Kolleginnen und Kollegen der Polizeifamilie aufnehmen, um gute Lösungen herbeizuführen. Diese Haltung beschreibt den gewerkschaftlichen Anspruch der DPolG. Dazu gehört, dass die DPolG mit den politisch Verantwortlichen Gespräche führt, konkrete Probleme anspricht und Lösungen einfordert. Ob es um fehlendes Personal, eine angemessene Ausstattung, zeitgemäße Arbeitsbedingungen, eine gerechte Besoldung oder die soziale Absicherung der Beschäftigten geht: Die Themen verschwinden nicht, nur weil sich die politische Zusammensetzung des Parlaments verändert. Wenn eine politische Maßnahme Verbesserungen verspricht, ist sie an ihren konkreten Auswirkungen zu messen.

Zusammenarbeit bedeutet keine politische Zustimmung: Der Dialog mit einer Regierung bedeutet nicht automatisch, dass man deren politische Auffassungen teilt. Eine Gewerkschaft muss in der Lage sein, mit unterschiedlichen politischen Akteuren zu sprechen, ohne ihre eigenen Grundsätze zu verlassen. Gerade die Polizei benötigt verlässliche politische Rahmenbedingungen. Die Beschäftigten müssen sich darauf verlassen können, dass ihre Arbeitsfähigkeit gesichert wird, dass notwendige Investitionen erfolgen und dass ihre Anliegen nicht von kurzfristigen parteipolitischen Interessen abhängig gemacht werden. Diese Aufgaben bleiben bestehen, unabhängig davon, wer die Regierung führt.

Wir müssen aber die Anliegen unserer Mitglieder kennen, sie überzeugend vertreten und den politisch Verantwortlichen gegenüber deutlich machen, was notwendig ist. Genau darin sehe ich für die DPolG ihre Aufgabe – heute, morgen und unabhängig davon, wer künftig an der Spitze einer Regierung steht. —